

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Kanzlei Gerald Pfeiffer und Widerrufsbelehrung

(samt Widerrufsformular)

1. Geltungsbereich

Die nachstehenden allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend „AGB“ genannt) gelten für den Beratungsvertrag zwischen der Kanzlei Rechtsanwalt Gerald Pfeiffer (nachfolgend „Anwalt“ genannt) und dem Vertragspartner oder den Vertragspartnern (nachfolgend einheitlich „Auftraggeber“ genannt).

2. Vertragsschluss und elektronische Signatur

- (1) Verträge zwischen den Parteien können schriftlich oder in elektronischer Form geschlossen werden.
- (2) Die Parteien vereinbaren, dass elektronische Signaturen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-VO) als zulässige Form des Vertragsschlusses anerkannt werden.

Hierzu zählen insbesondere:

- a) die Standard Electronic Signature (SES), welche als Nachweis der Zustimmung gilt,
 - b) die Advanced Electronic Signature (EES) mit Zertifikat, welche eine eindeutige Zuordnung zur unterzeichnenden Person ermöglicht und eine erhöhte Beweiskraft entfaltet,
 - c) die Qualifizierte elektronische Signatur (QES), welche gemäß § 126a BGB der Schriftform gleichgestellt ist und volle Rechtsverbindlichkeit entfaltet.
- (3) Der Vertragspartner erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass SES, EES und QES als rechtsverbindlicher Nachweis für den Abschluss des Vertrages gelten.
 - (4) Gesetzlich vorgeschriebene besondere Formvorschriften (z. B. notarielle Beurkundung) bleiben hiervon unberührt.

3. Gegenstand der Leistung

Die Leistungen des Anwalts nach § 1 des Beratungsvertrages umfassen im Einzelnen nach erteilter Anwaltsvollmacht:

- die Erteilung schriftlicher und (fern)mündlicher Auskünfte;
- die Führung außergerichtlicher Beratungs-, Verhandlungs- und Vergleichsgespräche mit dem Auftraggeber und mit Dritten, insbesondere mit Gläubigern des Auftraggebers;
- die Führung außergerichtlicher Korrespondenz;
- die Sichtung und Ordnung der vom Auftraggeber zur Schuldenberatung vorgelegten Unterlagen;
- die Feststellung der Gesamtverbindlichkeiten des Auftraggebers;
- die Feststellung der monatlich verfügbaren Beträge des Auftraggebers zur Schuldenrückführung;
- die Erstellung eines Zahlungsplans nach erfolgreichem Abschluss der Vergleichsverhandlungen;
- die Abrechnung bezüglich der eingezahlten Beträge sowie deren Verwendung sowie die Endabrechnung der Angelegenheit am Ende der Schuldensanierung.

Sofern ein Rechtsmittel oder aber ein Rechtsbehelf eingelegt werden soll, oder die Mitwirkung und Vertretung im gerichtlichen Verfahren benötigt wird, bedarf es hierfür eines gesonderten Auftrages; dieser wiederum wird nach den gesetzlichen Gebühren gesondert abgerechnet; auch insbesondere dann, wenn die Verfahren schon begonnen haben.

4. Umfang und Ausführung des Auftrages

- Der Anwalt ist durchaus berechtigt, sich zur Durchführung der Aufträge sachverständiger Personen zu bedienen, wobei die Aufträge nach den Grundsätzen gewissenhafter Berufsausübung ausgeführt werden. Als Gegenstand aller dem Anwalt erteilten Aufträge gilt die vereinbarte Leistung, kein bestimmter Erfolg, auch nach Abschluss des Beratungsvertrages.
- In der rechtlichen Beratung ist keine steuerliche Beratung enthalten.

- Sofern in der Beratung ausländisches Recht berücksichtigt werden soll, wird eine ausdrückliche schriftliche Vereinbarung im Einzelfall benötigt.
- Wann und wo der Anwalt die vereinbarte Beratungsleistung erbringt, steht ihm frei.

5. Kommunikation und Vertraulichkeit

Durch Bekanntgabe der E-Mail-Adresse des Auftraggebers erklärt dieser sich gleichzeitig damit einverstanden, dass Informationen auch über diesen Weg der Kommunikation ausgetauscht werden dürfen.

Der Anwalt ist hier insbesondere vorbehaltlich einer anderweitigen Weisung durch den Auftraggeber berechtigt, diesen über alle für den Fortgang der Sache wesentlichen Vorgänge und Maßnahmen (§ 11 BORA) per E-Mail an diese E-Mail-Adresse zu unterrichten.

Die dem Auftraggeber zur Kenntnis zu gebenden Schriftstücke werden vorzugsweise als PDF-Datei übersandt.

Der Anwalt kommt durch die Übermittlung der Informationen auf diesem Wege seinen Informationspflichten nach; Informationen können unverschlüsselt per E-Mail übersandt werden, soweit die Kommunikation mit dem Auftraggeber insgesamt per E-Mail erfolgt.

Durch die Nutzung dieses Weges wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hierbei die Vertraulichkeit nicht gewährleistet werden kann.

Sofern der Auftraggeber dies wünscht, werden die Unterlagen per Post übersandt.

6. Pflichten des Auftraggebers

Innerhalb des Mandatsverhältnisses besteht eine entsprechende Mitwirkungspflicht.

Der Anwalt muss vom Auftraggeber ordnungsgemäß über alle mit dem Mandat zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informiert werden; sämtliche mit dem Auftrag im Zusammenhang stehenden Unterlagen und Daten müssen in geordneter Form übermittelt werden.

Unterlagen und Informationen, die überlassen bzw. erteilt werden müssen, sind u.a.:

- Korrespondenz mit Gläubigern, Kauf- und Abzahlungsverträge, Rechnungen, Urkunden usw., welche für die Beratung von Bedeutung sind (Kopie ist ausreichend)
- Vermögensaufstellung in vollständiger Form
- aktuelle Einkommensnachweise
- Titel (Urteile, Abtretungsurkunden)
- Pfändungen / Abtretungen / Sicherungsübereignungen
- Änderungen in den persönlichen Lebensverhältnissen (z. B. finanziell durch Arbeitsplatzwechsel oder Verlust des Arbeitsplatzes, Wohnortwechsel, neue unterhaltsberechtigten Personen, Krankheit von mehr als 6 Wochen)

Eine Kontaktaufnahme mit Gläubigern, Gerichten, Behörden und sonstigen Beteiligten erfolgt ausschließlich in Abstimmung mit dem Anwalt während der Dauer des Mandats.

Sofern der Auftraggeber über einen längeren Zeitraum abwesend ist, ist dies dem Anwalt mitzuteilen; gleiches gilt bei etwaiger Änderung der persönlichen Daten des Auftraggebers (Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, etc.)

Der Auftraggeber hat die ihm vom Anwalt übermittelten Schriftstücke sorgfältig auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und den Anwalt ggf. auf Fehler, wie z. B. Unrichtigkeiten und Unvollständigkeiten in den Schriftstücken, hinzuweisen.

7. Berufliche Äußerungen

Nur die schriftliche Darstellung der Ergebnisse der Tätigkeit des Anwalts ist maßgeblich.

Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Anwaltes zu Werbezwecken ist unzulässig. Es bedarf vorab der Zustimmung des Anwaltes, sofern berufliche Äußerungen oder Schriftstücke dessen an Dritte weitergegeben

werden sollen, beispielsweise Schuldenbereinigungspläne, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

8. Haftungsbegrenzung

Sofern die Haftung des Anwalts nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, wird diese im Einzelfall auf 1.000.000,00 € beschränkt, wenn der Anwalt den nach § 52 Abs. 1 Nr. 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) vorausgesetzten Versicherungsschutz unterhält; dieser ist auf Verlangen des Auftraggebers vom Anwalt nachzuweisen.

9. Schweigepflicht, Verwahrungspflicht, Datenschutz

Sofern der Anwalt von seinem Auftraggeber nicht von der Schweigepflicht entbunden wird, ist der Anwalt nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu wahren. Unterlagen sowie schriftliche Äußerungen über Ergebnisse seiner Tätigkeit dürfen durch den Anwalt an Dritte nur nach Zustimmung des Auftraggebers ausgehändigt werden.

Dem Auftraggeber ist bekannt, dass sich der Anwalt zur Verarbeitung der ihm im Rahmen dieser Vereinbarung bekannt gewordenen Daten des Auftraggebers, insbesondere der Auflistung aller Schulden und Gläubiger, sowie zur Durchführung der im Rahmen dieses Vertrages anfallenden technischen Verwaltungsaufgaben eines auf diese Aufgaben spezialisierten Unternehmens bedienen kann.

10. Schlussbestimmungen

Es gilt die jeweils zum Zeitpunkt des jeweiligen Beratungsauftrages gültige Fassung dieser AGB, es sei denn, der Auftraggeber hat den Änderungen in den AGB in einem laufenden Beratungsverhältnis wenigstens in Textform zugestimmt.

Der Kanzleisitz des Anwaltes ist der Erfüllungsort für die Aufträge, für diese sowie deren Durchführung und sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Sollte eine Bestimmung dieser AGB unwirksam sein oder werden oder die AGB eine Lücke enthalten, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt.

Anstelle von unwirksamen Bestimmungen gilt eine wirksame Bestimmung als vereinbart, die dem von den Parteien Gewollten wirtschaftlich am nächsten kommt; das Gleiche gilt im Falle einer Lücke.

Sollten Einwendungen des Auftraggebers gegen die vom Anwalt berechnete Vergütung bestehen, so sind diese spätestens binnen zwei Wochen seit Zugang der jeweiligen Abrechnungen schriftlich gegenüber dem Anwalt vorzubringen. Sofern die vorgenannte Frist abgelaufen ist, braucht der Anwalt die vorgebrachten Einwendungen nicht mehr gegen sich gelten lassen; die Abrechnung gilt als anerkannt.

Widerrufsbelehrung

Verbrauchern steht ein Widerrufsrecht nach folgender Maßgabe zu, wobei ein Verbraucher jede natürliche Person ist, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, welches überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann:

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Kanzlei Rechtsanwalt Gerald Pfeiffer, Niederlassung Göttingen, Kasseler Landstraße 44a, 37081 Göttingen, Telefonnummer: +49 551 270 757 27, oder per E-Mail an kontakt@schuldnerberatung-pfeiffer.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief oder E-Mail, etc.) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Sie können dafür das beigelegte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist.

Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Ausschluss bzw. vorzeitiges Erlöschen des Widerrufsrechts

Das Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn wir die Dienstleistung vollständig erbracht haben und wir mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen haben, nachdem Sie dazu Ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben haben und gleichzeitig Ihre Kenntnis davon bestätigt haben, dass Sie Ihr Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch uns verlieren.

Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden es zurück.

An Kanzlei RA Gerald Pfeiffer

Niederlassung Göttingen
Kasseler Landstraße 44a
37081 Göttingen
Deutschland

Telefonnummer: +49 551 270 757 27

E-Mail: kontakt@schuldnerberatung-pfeiffer.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

Bestellt am (*) _____ / erhalten am (*) _____

Name des/der Verbraucher(s)

Anschrift des/der Verbraucher(s)

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

(*) Unzutreffendes streichen